Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Erdogan pokert, denn das Ansehen Russlands wächst in der Türkei
2. Griechenland: Reeder für Putin
3. Saudi-Arabien lehnt “antirussisches“ Vorgehen im Erdölsektor ab
4. Klimabelastung durch Militär: Treibhausgas-Emissionen der Bundeswehr steigen erheblich
5. CO2-Zertifikate sind für Zwischenhändler eine Goldgrube
6. Horror-Lockdown in Shanghai: Ende mit Schrecken?
7. US-Medizinskandal: Tuskegee-Experiment: Folgen der grausamen Menschenversuche reichen bis heute
8. Nach Affenpocken ein Planspiel mit Leopard-Pocken – G7-Gesundheitsminister simulieren neue Pandemie
9. Mainstreamökonomik: Was hat sich seit der globalen Finanzkrise getan?
10. Ausbildungswunsch: ja – Ausbildungsplatz: nein
11. Paritätischer Wohlfahrtsverband: Fast ein Drittel der Studierenden lebt in Armut
12. Aussetzung der Hartz-IV-Sanktionen: Großversuch für ein Jahr
13. Mit der Chatkontrolle droht die Alterskontrolle
14. Telefonieren bald nur noch mit Bürgernummer? Weltbank-Versuchskaninchen Nigeria zeigt, was uns blühen könnte
15. Bleibt Josef Joffe Autor beim „Tagesspiegel“?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Erdogan pokert, denn das Ansehen Russlands wächst in der Türkei**
   Recep Tayyip Erdogan verhandelt. Er will Schweden und Finnland nur in der Nato

akzeptieren, wenn er dafür etwas bekommt. Denn: Viele Türken stützen Russland. […] Seit ein paar Jahren jedoch ist das türkisch-amerikanische Verhältnis richtig schlecht, und in der türkischen Gesellschaft ist auch das Image der Nato im Keller. Unter allen Nato-Staaten erfuhr die Allianz in der Türkei von 2011 bis 2019 den geringsten Zuspruch. Nur 21 Prozent der Türken konnten sich 2019 zu einer positiven Einschätzung des Bündnisses durchringen. In den Nato-Ländern lag der Mittelwert hingegen bei 60 Prozent.
Noch schlechter steht es um das Ansehen der USA. Der stärkste Partner in der Verteidigungsallianz und Hauptwaffenlieferant des türkischen Militärs führt nicht die Liste der Staaten an, die von der türkischen Bevölkerung als Freunde wahrgenommen werden, sondern gilt schon seit Jahren als die „größte Bedrohung“ für die Sicherheit des Landes. Gewachsen ist dagegen die Begeisterung für Russland und für China. Nur wenige Wochen vor den Angriff Russlands auf die Ukraine im Januar 2022 votierte eine knappe relative Mehrheit von 39,4 Prozent der Türken für die Zusammenarbeit von Ankara mit Moskau und mit Peking anstelle von Europa und den USA.
Der schlechte Ruf Washingtons ist der Hauptgrund dafür, dass auch die Nato übel beleumdet ist. Seit Jahren schon bläut die regierungsnahe Presse den Leuten ein, die Nato sei nichts weiter als das Instrument der USA. Washington nutzte das Bündnis ausschließlich in seinem eigenen Interesse. „Für die Türkei ist die Nato schon lange kein Verteidigungsbündnis gegen andere mehr“, schrieb drei Tage von den Angriff Russlands auf die Ukraine Mehmet Barlas, Chefkommentator der Zeitung Sabah, das Sprachrohr der türkischen Regierung.
„Stattdessen“, so Barlas weiter, „müssen wir klären, wie wir uns vor der Nato schützen können.“ Es ist deshalb nicht überraschend, dass vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine und noch in den ersten Kriegswochen die Regierungspresse, aber auch viele linke Blätter, den USA die Schuld am Krieg zumaßen. Mit der Nato kreisten die Amerikaner Russland ein und provozierten Moskau.
Quelle: Berliner Zeitung

2. **Griechenland: Reeder für Putin**
Nur ein Schifffahrtsunternehmen will künftig kein russisches Erdöl mehr transportieren. Alle anderen scheren Regierung und EU nicht. Ein Reeder fand wenig schmeichelhafte Worte für Premier Mitsotakis
Reeder aus Griechenland, Zypern und Malta haben mit ihrem Lobbyismus bei ihren Regierungen und in Brüssel bei der EU erreicht, dass es kein Embargo gegen den Transport russischen Erdöls geben wird. Die Regierungschefs von Griechenland und Zypern, Premierminister Kyriakos Mitsotakis und Staatspräsident Nikos Anastasiades haben nach eigenen Angaben gemeinsam im Sinn der Reeder interveniert.
Gekippt sind offenbar auch die Pläne der Kommission, die Versicherung von

europäischen Tankschiffen für den Transport russischen Öls zu unterbinden. Die Reedereien führen an, dass sie auch durch Charter-Verträge gebunden sind und bei einem Embargo in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht seien.
Noch Anfang April stellte sich die Situation anders dar. Die griechische Zeitung To Vima berichtete, dass die Reeder aufgrund der erhöhten Nachfrage von Flüssiggas mit wachsenden Erträgen rechnen können. Sie hatten frühzeitig, bereits vor Beginn des Krieges in entsprechende Tanker investiert. Im August 2021 meldete das Branchenmagazin maritimes.gr, "wenn es einen Markt gibt, der als Kapital für die Zukunft gilt und sich im Aufschwung befindet, dann ist es der Schiffstransportmarkt für LNG".
Quelle: Telepolis

3. **Saudi-Arabien lehnt "antirussisches" Vorgehen im Erdölsektor ab**
   Neben China und Indien lehnen auch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate die Sanktionen gegen Russland ab und weigern sich, sich an dem "Erdölkrieg" des Westens gegen Moskau zu beteiligen.
   Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krieges und des Anstiegs der globalen Energiepreise scheinen die Golfstaaten sich von den USA immer mehr zu distanzieren. Vor allem Riad zeigt sich in Bezug auf die US-Außenpolitik zunehmend unkooperativ, und stärkt damit Moskau, mit dem es unter anderem seine Ölproduktion koordiniert. Dabei geht es hauptsächlich um den Erdölsektor, wo Russland und Saudi-Arabien ihre Vorgehensweisen bezüglich des Erdölfördervolumens und anderen Fragen des globalen Ölmarktes zu koordinieren versuchen. Zugleich zählt Erdöl zu den Bereichen, bei denen die Sanktionspolitik des Westens gegen den Kreml offensichtlich nicht aufzugehen zu sein scheint.
   Quelle: Krass & Konkret
4. **Klimabelastung durch Militär: Treibhausgas-Emissionen der Bundeswehr steigen erheblich**
   Die klimaschädlichen CO2-Emissionen der Bundeswehr sind in den vergangenen drei Jahren um fast 18 Prozent gestiegen. Das soll vor allem an dem Heizverhalten in den Kasernen liegen.
   Wenn ein Airbus der Bundeswehr-Flugbereitschaft in Berlin abhebt, um zu seinem Stationierungsort nach Köln/Bonn zurückzufliegen, stößt er für diesen Flug schätzungsweise bis zu 15 Tonnen klimaschädliches CO2 aus. Und das ist nur einer von rund 400 Verbindungsflügen der Flugbereitschaft zwischen ihren verschiedenen Stationierungsorten pro Jahr. Rund drei Viertel davon sind Leerflüge – auch wenn die Luftwaffe das in Abrede stellt und von der Notwendigkeit von Übungs- und Schulungsflügen spricht.
   Ein solcher Airbus-Flug gehört zum Bereich der "militärspezifischen Mobilität". Der

Anstieg der CO2-Emissionen in diesem Bereich betrug nach Angaben der Bundesregierung von 2019 bis 2021 25 Prozent. Ursächlich dafür sei vor allem der Anstieg des Kraftstoffverbrauchs der Luftwaffe. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dagdelen hervor.
Quelle: rbb24

5. **CO2-Zertifikate sind für Zwischenhändler eine Goldgrube**
   CO2-Kompensationszahlungen fliessen zu grossen Teilen in die Taschen von Maklern, statt in Umweltprojekte.
   Wer in die Ferien fliegt, bezahlt immer öfter ein paar Franken mehr zur Kompensation des verursachten Klimaschadens. Für den Extra-Franken wird dann irgendwo auf der Welt ein Wald gepflanzt oder ein anderes Klimaprojekt umgesetzt.
   Das denken zumindest Konsumentinnen und Konsumenten. Teilweise stimmt es auch. Ein grosser Teil des Geldes fliesst jedoch in andere Kanäle. Ob es dort der Umwelt dient, ist unklar.
   Die Gewinnspannen für die Zwischenhändler von CO2-Zertifikaten jedenfalls sind hoch. Das berichten das Greenpeace-Medium «Unearthed», und «Source Material» aus einer Partnerrecherche zu den Zertifikaten. Die beiden Medien nutzten Daten von «Allied Offsets», einem Unternehmen, das Daten zu Carbon Offsets sammelt. Sie fanden fast 250 Projekte, bei denen Zwischenhändler CO2-Zertifikate von Umweltprojekten für den dreifachen Preis an Unternehmen weiterveräussert hatten.
   Quelle: Infosperber
6. **Horror-Lockdown in Shanghai: Ende mit Schrecken?**
   Die chinesische Metropole will an Juni lockern. Die Null-Covid-Strategie zeigt in mehrerlei Hinsicht die Schwächen des Systems
   In der chinesischen 25-Millionen-Metropole Schanghai soll es nach den radikalen staatlichen Restriktionen bald wieder schrittweise in Richtung Normalität gehen. Das jedenfalls gab die stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt, Zong Ming, vor einigen Tagen bekannt. Offenbar ist daran gedacht, ab Juni die Praxis der wochenlangen Lockdowns allmählich zu lockern. China setzt im Gegensatz zu anderen Ländern auf eine strikte Null-Covid-Strategie.

> Vom 1. Juni bis Mitte/Ende Juni werden wir die Epidemieprävention und -bekämpfung vollständig umsetzen, die Verwaltung normalisieren und die normale Produktion und das Leben in der Stadt vollständig wiederherstellen.
> Stv. Bürgermeisterin Zong Ming, Shanghai

Zong Ming fügte aber sogleich als Einschränkung hinzu, man werde lockern "sofern die Risiken eines erneuten Anstiegs der Infektionen beherrscht werden". Hier könnte bei der Kundgabe noch beträchtliches Konfliktpotenzial lauern.
Quelle: Telepolis

7. **US-Medizinskandal: Tuskegee-Experiment: Folgen der grausamen Menschenversuche reichen bis heute**
   Beim Tuskegee-Experiment vor mehr als 50 Jahren wurde Hunderten Menschen zu Studienzwecken die Behandlung der potenziell tödlichen Syphilis verweigert.
   Unter Schwarzen in den USA ist die Corona-Impfquote vielerorts geringer als in anderen Bevölkerungsgruppen. Ein Grund dafür soll das Misstrauen der Regierung und dem Gesundheitssystem gegenüber sein. US-Medienberichten zufolge wirken hier auch Erfahrungen mit einem grausamen Experiment nach, das vor 50 Jahren aufgedeckt wurde. Einige nennen es den Tuskegee-Effekt. Es geht um eine Studie, bei der Menschen von Regierungsärzten einem oft furchtbaren Weg in den Tod überlassen wurden.
   „Die entscheidende Lehre aus der Tuskegee-Studie ist, dass das Gewissen des Forschers viel wichtiger ist als alle Vorschriften der Welt", erklärt der Intensiv- und Lungenmediziner Martin Tobin im American Journal of Respiratory and Critical Care Medicine. Die Tuskegee-Studie hatte im Jahr 1932 begonnen, durchgeführt vom Public Health Service, einer dem US-Gesundheitsministerium unterstehenden Behörde und Vorläufer des heutigen Centers for Disease Control and Prevention (CDC).
   In der Studie wurde 399 afroamerikanischen, mit Syphilis infizierten Männern aus der Gegend um die Kleinstadt Tuskegee in Alabama absichtlich und ohne ihr Wissen eine wirksame Therapie vorenthalten. 201 nicht infizierte Männer bildeten die Kontrollgruppe. Ziel war es, das Fortschreiten der Krankheit und ihre Spätfolgen zu beobachten. Bei Verstorbenen wurde eine Autopsie gemacht. Die Studie hatte überhaupt keinen wissenschaftlichen Wert. Denn die grausigen Folgen der Syphilis waren schon seit Jahrhunderten bekannt.
   Quelle: Berliner Zeitung
8. **Nach Affenpocken ein Planspiel mit Leopard-Pocken – G7-Gesundheitsminister simulieren neue Pandemie**
   Der deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ist für zwei Tage Gastgeber des Treffens der Gesundheitsminister der G7-Staaten. Mit dem Szenario "Leopard-Pocken" soll auf der Tagung der Ausbruch einer Pandemie simuliert werden. Die Bild-Zeitung kam in den Besitz der "Unterlagen für die Übung der Minister" (Bezahlschranke). In dem Text heißt es:
   "Am Donnerstag treffen sich die sieben Minister bei Gesundheitsminister Karl

Lauterbach (59, SPD) in Berlin und spielen den Ablauf einer Pocken-Pandemie im Jahr 2023 durch."
Karl Lauterbach formulierte es in einer Presskonferenz am 18. Mai so:
"Meine Kollegen und ich werben dafür, dass wir einen Pandemie-Pakt schließen, dieser Pandemie-Pakt soll künftige Ausbrüche schneller erkennen und effektiver darauf reagieren können."
Die Ergebnisse dieses kommenden "Pandemie-Pakts" bedürfen einer separaten und gründlichen analytischen Aufarbeitung. Sogenannte Planspiele wurden über die zurückliegenden Jahre seitens interessierter Gruppierungen aus der Welt der Politik, der Wissenschaft, des Geldes und der Philanthropie zuvor schon regelmäßig durchgeführt. Jedoch eher unbeachtet von der Öffentlichkeit. Durch die Coronakrise und das dadurch stetig wachsende Bedürfnis vieler Menschen, die Zusammenhänge, die Gründe und Motivationen der politisch verordneten Maßnahmen-Kataloge zu verstehen, rückten sie in den Fokus der Aufmerksamkeit. So konnten recherchierende Journalisten nachweisliche Pandemie-Planspiele oben genannter Gruppierungen belegen.
Quelle: Bernhard Loyen in RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Die üblichen Verdächtigen simulieren also beim neuen Planspiel mit – z.B. die Regierungsberaterin Brinkmann, Herr Lauterbach und die insbesondere von der Gates-Stiftung finanzierte WHO. Erinnert sei in diesem Zusammenhang u.a. an diese Beiträge:*
a) Paul Schreyer zu Covid-19: „Es ist an der Zeit, die Notbremse zu ziehen"
b) Auftrag: Angst – Wie Wissenschaftler sich andienen, die Corona-Panik zu schüren
c) Das Corona-Prognosedesaster – Manipulation mit Vorsatz?

9. **Mainstreamökonomik: Was hat sich seit der globalen Finanzkrise getan?**
Die Debatten um eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft und das Energieembargo rücken nach Jahrzehnten unzähliger Krisen – angefangen bei massiven Währungskrisen in den 1980er und 1990er Jahren, über die Finanz- und Eurokrise bis hin zur Coronakrise – die Frage in den Mittelpunkt, ob die moderne Ökonomik geeignet ist, der Politik praxisrelevante Ratschläge an die Hand zu geben. In der Diskussion um das Energieembargo gegen Russland fiel auf, dass einige Mainstream-Ökonomen ihre Prognosen im öffentlichen Diskurs als „Fakten" und „wissenschaftliche Evidenz" darstellten – und eben nicht als Ergebnis bestimmter Modelle. Und auch sonst stellen viele Vertreter des Mainstreams ihre wissenschaftliche Arbeit als universelle und allgemein gültige Wahrheit dar. Ökonomen anderer Denkschulen werden als Bauchgefühlökonomen bezeichnet und

Nicht-Mainstream Ansichten werden mit der Homöopathie in der Medizin gleichgesetzt.
Eine solche Selbstwahrnehmung und Außendarstellung ist bei vielen orthodoxen Ökonomen gang und gäbe. Ihre Kommunikation und Weltanschauung suggerieren, dass man mit ihren Modellen, ähnlich wie in den Naturwissenschaften, wertneutrale und empirisch sauber abgesicherte Ergebnisse vorweisen kann, auf die Verlass ist. Allerdings ist die Volkswirtschaftslehre keine Natur- sondern eine Sozialwissenschaft – und muss als solche von vorneherein mit viel mehr Unsicherheit umgehen als beispielsweise die Physik, weil man sich einem komplexen Entwicklungsprozess gegenübersieht und praktisch keine kontrollierten Experimente vornehmen kann.
Quelle: Relevante Ökonomik

10. **Ausbildungswunsch: ja – Ausbildungsplatz: nein**
Während an den Schulen in Niedersachsen die Abschlussprüfungen laufen, klagen die Arbeitgeber mal wieder über Fachkräftemangel. Dieser ist aber hausgemacht. Die Quote der Ausbildungsbetriebe geht stetig zurück. Das #schlaglicht 18/2022 plädiert für eine Ausbildungsplatzgarantie, um mehr Fachkräfte auszubilden und der Jugend Perspektiven zu bieten.
Das Ziel ist in unmittelbarer Sichtweite. Seit letzter Woche legen 55.000 niedersächsische Schüler*innen der Sekundarstufe I die schriftlichen Abschlussprüfungen ab. Wenn bis Mitte Juni auch die mündlichen Leistungsnachweise gelaufen sind, werden die meisten hinter ihre Schulzeit einen Haken machen können und den Blick auf den Berufsstart richten. Wahrscheinlich stehen dabei jene dem jetzigen Prüfungsstress etwas entspannter gegenüber, die bereits einen unterschriebenen Vertrag für einen Ausbildungsplatz in der Tasche haben. Leider dürfte dies längst nicht überall der Fall sein!
Eine qualifizierte Berufsausbildung ist die Basis für ein erfolgreiches Erwerbsleben. Durch sie erhalten junge Menschen das theoretische und praktische Know-how, um als Fachkräfte von morgen für die Zukunft gerüstet zu sein. Auch deshalb ist der Zuspruch groß – vor allem in Niedersachsen: Nach einer aktuellen Befragung hat fast die Hälfte aller 14- bis 20-jährigen Schüler*innen Interesse daran, später einen Ausbildungsberuf zu ergreifen. In keinem anderen Flächenland liegt der Anteil höher (siehe Grafik). Ein wichtiger Vertrauensbeweis in das System der dualen Ausbildung.
Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht

11. **Paritätischer Wohlfahrtsverband: Fast ein Drittel der Studierenden lebt in Armut**
Fast ein Drittel aller Studierenden in Deutschland lebt einer Untersuchung zufolge in Armut. Laut einer in Berlin veröffentlichten Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands sind 30 Prozent aller Studierenden in Deutschland davon

betroffen.
Quelle: Deutschlandfunk

12. **Aussetzung der Hartz-IV-Sanktionen: Großversuch für ein Jahr**
Hartz-IV-Sanktionen werden ausgesetzt. Das bietet eine Chance, die Sinnhaftigkeit des Systems zu überprüfen.
Es ist ein unfreiwilliger Großversuch, über dessen Ergebnisse man in einem Jahr mehr wissen wird: Die Sanktionen wegen Pflichtverletzungen, also die Möglichkeit, einer Hartz-IV-Empfänger:in 30 Prozent (rund 135 Euro im Monat) vom Regelsatz zu kürzen, wenn sie oder er einen Job oder eine zumutbare Beschäftigungsmaßnahme ablehnt, sind für ein Jahr ausgesetzt. Das entsprechende Gesetz wurde am Donnerstag verabschiedet. Nur 10 Prozent vom Regelsatz, also 45 Euro, können dann gekürzt werden, wenn jemand beim Jobcenter gar nicht mehr auftaucht.
Interessanterweise wurde in den Gesetzestext aber auch gleich hineingeschrieben, dass die Sanktion mit Einführung des sogenannten Bürgergeldes, also voraussichtlich im Sommer 2023, wiedereingeführt wird. Es handelt sich also nur um eine begrenzte Auszeit und nicht etwa um die dauerhafte Abschaffung der Sanktionen.
Nach einem Jahr wird man wissen, ob im genannten Zeitraum tatsächlich, wie von Kritiker:innen befürchtet, Hunderttausende die Hartz-IV-Leistung in Anspruch genommen, dabei den Kontakt zum Jobcenter abgebrochen und jede Maßnahme abgelehnt haben werden. Wobei man dann auch gleich evaluieren kann, welche Maßnahmen genau verweigert wurden – etwa die vielen unsinnigen Bewerbungstrainings?
Quelle: taz

13. **Mit der Chatkontrolle droht die Alterskontrolle**
Die von der EU-Kommission geplante Chatkontrolle gefährdet nicht nur private Kommunikation. Kaum beachtet wurde bislang ein weiteres Risiko: Anbieter sollen das Alter von Nutzer:innen überprüfen. Es droht eine Ausweispflicht, um chatten zu dürfen.
Die EU-Kommission hat vergangene Woche einen Gesetzesvorschlag vorgestellt, mit dem sie gegen Darstellungen sexualisierter Gewalt an Kindern und Grooming vorgehen will. Daraufhin gab es viele Reaktionen: Menschen gingen auf die Straße, starteten eine Petition, Politiker:innen und Verbände lehnten den Vorstoß empört ab. Im Fokus der Sorge: Der Vorschlag könnte eine sogenannte Chatkontrolle bringen. Das heißt, Anbieter müssten auch private Nachrichten durchleuchten. Eine solche massenhafte Überwachung würde vertrauliche Kommunikation im Netz schwächen. Doch der Vorschlag der Kommission könnte noch andere Folgen haben: Er würde Anbieter dazu verpflichten, verstärkt Alterskontrollen einzuführen. Je nachdem, wie genau Anbieter diese Kontrollen gestalten, könnten Nutzer:innen Dienste dann nicht

mehr nutzen, ohne sich zu identifizieren.
Dem EU-Entwurf zufolge sollen Anbieter künftig Einschätzungen vorlegen. Darin sollen sie das Risiko für die „Nutzung des Dienstes zum Zwecke des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet“ beschreiben – etwa, ob der Dienst bereits für sexualisierte Gewalt genutzt wurde oder ob Erwachsene auf dem Dienst direkt mit Kindern in Kontakt treten können. Diese Einschätzung spielt eine Rolle dabei, ob Anbieter eine sogenannte Chatkontrolle durchführen müssen. In diesem Fall würden sie eine Anordnung erhalten, um Technologien zur Erkennung sexualisierter Gewalt gegen Minderjährige einzusetzen.
Quelle: netzpolitik.org

14. **Telefonieren bald nur noch mit Bürgernummer? Weltbank-Versuchskaninchen Nigeria zeigt, was uns blühen könnte**
Nigerias Regierung verlangt seit Neuestem, dass alle SIM-Karten mit der Nationalen Identifikationsnummer (Bürgernummer) verknüpft werden. 73 Millionen SIM-Karten wurden im April blockiert. So wird das globale Überwachungsprogramm ID2020 durchgesetzt. Auch ein digitales Zentralbankgeld hat Nigeria mit IWF-Unterstützung schon. Bei uns geht auch alles in diese Richtung.
In einer Presseerklärung der Nationalen Kommission für das Identitätsmanagement (NIMC) vom 4. April lobte der nigerianische Minister für Kommunikation und digitale Wirtschaft die Einwohnern des Landes „für ihre Unterstützung bei der Verknüpfung der nationalen Identifikationsnummer (NIN) mit dem Teilnehmeridentifikationsmodul (SIM)“.
In Wahrheit ist es aber gar nicht so weit her mit der Unterstützung für die Zwangmaßnahme, die sicherheitspolitisch und sozialpolitisch motiviert sei. Es gehe vor allem um die Bekämpfung von Terror und Kriminalität. Obwohl es die mit biometrischen Daten unterlegte Bürgernummer schon seit zehn Jahren gibt, und man sie offiziell braucht, wenn man von Banken oder vielen Behörden etwas will, haben sich der Presseerklärung zufolge erst 78 Mio. der 220 Mio. Nigerianer eine Nummer ausstellen lassen.
Quelle: Norbert Häring

15. **Bleibt Josef Joffe Autor beim „Tagesspiegel“?**
Nach einem Leak steht der „Zeit“-Herausgeber Josef Joffe wegen eines Schreibens an den befreundeten Banker Max Warburg in der Kritik. Sein Mandat beim Hamburger Verlag ruht aktuell. Beim Berliner „Tagesspiegel“ ist Joffe weiterhin Kolumnist. Soll das so bleiben? MEEDIA hat nachgefragt.
Quelle: Meedia